

ZEITSCHRIFT FÜR DEMOKRATIE UND SOLIDARISCHE ZUSAMMENARBEIT



SCHWERPUNKT:

Frauen im Irak

Frauenorganisationen im Irak
Gewalt gegen Frauen
Manal Omar im Gespräch
Verfassung und Geschlechterverhältnisse
Begrenzte Freiheit für Journalistinnen

gefördert durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit EDITORIAL

Vaghalsig Richtung Kurdistan – so betitelte Günter Traxler seinen pikanten Blattsalat im Standard vom 9. Mai 2006 und nahm da-



Im April fuhren wir gemeinsam mit einigen JournalistInnen von APA, Ö1, Die Presse, Liga für Menschrechte, Die Furche etc. in den Irak, um ihnen nicht nur die Wadi-Projekte zu zeigen, sondern ihnen auch einen Einblick in jenes Land zu ermöglichen, das nach Jahrzehnten des Staatsterrors durch das Regime von Saddam Hussein vor genau drei Jahren erstmals die Chance erhielt, sich vom Diktator und seinen Schergen zu befreien. Ihre Eindrücke aus dem Nordirak, wo zur Zeit unter schwierigen Bedingungen Keime von Zivilgesellschaft aufblühen, können Sie ebenfalls auf unserer Homepage nachlesen und -hören.

Ein weiteres Dankeschön geht an all jene, die durch ihre Spenden und ihre tatkräftige Unterstützung die Arbeit von Wadi im Irak überhaupt erst ermöglichen: Das sind neben unzähligen Einzelpersonen die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, die Stadt Wien, die Soroptimists, der Weltgebetstag der Frauen u. v. m. Zor supas! Shukran! Und unseren LeserInnen wünschen wir nun eine anregende Lektüre der ersten Print-Ausgabe von: Wadi-News.

Mary Kreutzer

Wadi goes Turkey - Doğubayazid liegt im Osten der Türkei. Der Krieg zwischen der PKK und dem türkischen Militär sowie Erdbeben und Choleraseuchen haben die schlechte ökonomische und soziale Situation der – zum Großteil kurdischen – Bevölkerung verschlimmert. Frauen mangelt es oft an Kenntnissen über Hygiene, Frauengesundheit und Verhütung, es fehlt der Zugang zu ÄrztInnen und Medizin. Wadi startet nun im Sommer gemeinsam mit einer Frauenkooperative vor Ort eine Informationskampagne in den Dörfern, wo mobile Ärztinnen-Teams Beratungen durchführen und medizinische Versorgung leisten. Wadi-Oberösterreich bemüht sich um eine Ko-Finanzierung vom Land, sowie von der ADA und weiteren GeldgeberInnen.

FGM-Konferenz in Arbil/Hawler – Im März organisierten die irakischen Wadi-MitarbeiterInnen in Arbil/Hawler die erste Konferenz zum Thema Weibliche Genitalverstümmelung (FGM). Die Konferenz war gut besucht und wurde ein großer Erfolg. Wadi hatte im Oktober 2005 eine Umfrage veröffentlicht, nach der in der Region Germian (Nordirak) über 60 % der Frauen genital verstüm- Aufklärungsfolder melt wurden.



Kein Cobra-Einsatz im Irak - Für Ablehnung und Kritik seitens Wadi und der irakischen-kurdischen Behörden sorgte am 30. April die Kronen-Zeitung mit einem rassistisch gefärbten Artikel über die von Wadi-MitarbeiterInnen vorbereitete und durchgeführte Rückholung eines Kindes, das vom Vater im Jänner in den Irak entführt worden war. Wadi hatte gemeinsam mit dem kurdischen Innenministerium und in Kooperation mit dem österreichischen Außenamt die Übergabe des Kindes an der irakisch-türkischen Grenze vereinbart; der 4-jährige Hiran P. konnte dann am 20. April von zwei Wadi-MitarbeiterInnen und einem Diplomaten der österreichischen Botschaft in Ankara gesund zur Mutter zurückgebracht werden. Die beiden "Reporter" der Krone veröffentlichten nicht nur eine Falschmeldung unter dem Titel "Cobra-Einsatz im Irak", sondern bildeten Wadi-Obmann Thomas Schmidinger und Salam P. widerrechtlich ab.

Seminar und Infoveranstaltung – Im Jänner organisierte Wadi – gemeinsam mit der GAJ - ein Seminar mit dem Generalsekretär der syrisch-kurdischen Azadi-Partei über die politische Situation in Syrien sowie eine Informationsveranstaltung auf der Universität Wien – gemeinsam mit IRAQUNA – über den neuen Irak nach den Wahlen.

Proteste in Halabja – 16. März 2006: Überlebende des Giftgasangrif-



Das ausgebrannte Memorial Museum in Halabja

fes auf Halabja im Jahr 1988 sowie Angehörige der Toten protestieren am Gedenktag des Massakers gegen die kurdische Regionalregierung. Ihre Forderungen nach Wiederaufbau der Stadt, Armutsbekämpfung und Entschädigung für die Opfer werden von den Sicherheitskräfte mit Schüssen beantwortet. Ein Jugendlicher wird getötet, etliche verletzt, über 60 Leute inhaftiert. Eine entzürnte Menge setzt das Gedenkmuseum in Brand. Fallah Murdakhin, Jurist und Regionalkoordinator von Wadi im Irak, konnte mit Hilfe eines 34-köpfigen Komittees von Rechtsanwälten, die sich spontan und unentgeltlich für die Rechte der schuldlos

inhaftierten DemonstrantInnen einsetzten, nach sechs Wochen deren Enthaftung erreichen.

Projekte

Frauengeleitete Mobile Teams

Wadi besucht abgelegene Dörfer im Irak

Seit nunmehr drei Jahren betreuen Mobile Teams Frauen in Notlagen in unterschiedlichen Regionen des Nordirak

ie einzelnen Teams arbeiten zu verschiedenen Themen und werden dementsprechend besetzt: sie bestehen aus Ärztinnen und Krankenschwestern, die Gesundheitsberatung und ambulante Untersuchungen anbieten, sowie aus einer Sozialarbeiterin bzw. Psychologin, die den Frauen vor allem in psychosozialen Fragen zur Seite steht. Weitere Teams, die mit Juristinnen besetzt werden, setzten den Schwerpunkt auf Aspekte der rechtlichen Beratung und Betreuung von Frauen in Notlagen, etwa wenn es in Scheidungsfällen zu einer Gerichtsverhandlung kommt. Die Aufklärung über Frauenrechte und die Thematisierung von Gewalt in der Familie tragen dazu bei, die gesellschaftliche Stellung von Frauen und Kindern zu stärken. Zusätzlich erhalten besonders bedürftige Familien materielle Unterstützung in Form von Lebensmitteln, Kleidung und Medizin. Andere Teams wiederum haben bei den vergangenen Wahlen Dörfer aufgesucht, um den Frauen die Grundregeln und -aspekte demokratischer Wahlen zu erklären. Nach über dreißig Jahren der Herrschaft einer totalitären Diktatur ist verständlich, dass das Recht auf freie Wahlen zunächst auf Verunsicherung und Unkenntnis der Spielregeln und Abläufe stößt.

Die Mobilen Teams setzen sich dabei jeweils aus ausgebildeten jungen Frauen der jeweiligen Region zusammen. In multiethnischen Regionen, wie etwa Kirkuk, wird darauf geachtet, dass auch die unterschiedlichen Sprachgruppen in jedem Team vertreten sind, was das Vertrauen der lokalen Bevölkerung in die Mobilen Teams stärkt. Viele Frauen in den Dörfern haben durch die Ärztinnen der Mobilen Teams erstmals Zugang zu medizinischer Versorgung und Beratung. Dabei werden auch Daten über die allgemeine gesundheitliche und soziale Situation in den Dörfern aufgenommen, um langfristige Verbesserungen zu erreichen.

AUFKLÄRUNG ÜBER WEIBLICHE GENITALVERSTÜM-MELUNG

Im Zuge ihrer Arbeit wurden die Wadi-Mitarbeiterinnen immer wieder mit der Existenz von Weiblicher Genitalverstümmelung (FGM – Female Genital Mutilation) konfrontiert. Man führte im Oktober und November 2004 eine erste Erhebung in ca. 40 Dörfern der Region Germian (im südlichen Nordirak) durch, deren Ergebnis zeigte, dass mindestens 60 % der Frauen und Mädchen unter zehn Jahren beschnitten worden waren. Eine umfassendere Studie soll in Zukunft Daten über die Verbreitung von FGM liefern, die dann für politische MandatsträgerInnen und NGOs zur Verfügung stehen sollen. Bereits produziert wurde ein Aufklärungsfilm über FGM, der von den frauengeleiteten Mobilen Teams in den Dörfern gezeigt und diskutiert wird.

Wir waren im April gemeinsam mit dem Team der Region Germian im Dorf Awaqut und erlebten mit, wie so eine Filmvorführung stattfindet: Zuerst informierte der

Muezzin über den Lautsprecher der Moschee die Frauen, dass das Mobile Wadi-Team im Dorf sei und sie alle in die Schule eingeladen seien, um einen Film zu sehen. Kurz darauf war das Klassenzimmer zum Bersten voll, ca. 70 bis 80 Frauen drängten sich auf den Bänken und sahen gespannt den Film an. Die Diskussion verlief dann sehr emotional. Viele Frauen meldeten sich zu Wort. Eine junge Frau war besonders laut und argumentierte gegen die Thematisierung von weiblicher Genitalverstümmelung. Später stellte sich heraus, dass sie eine der wenigen im Raum war, die nicht beschnitten waren. Sie wollte die Diskussion abwürgen, weil sie Angst hatte, dass für sie negative Kon-



Frauenversammlung in Awaqut (Region Germian), April 2006. Das Wadi-Team zeigt den Anti-FGM-Aufklärungsfilm.

sequenzen zu erwarten seien, wenn man auch über unbeschnittene Frauen spreche, die gemäß der Tradition oft als "schmutzig", "ehrlos" und "unverheiratbar" gelten. Andere erzählten, dass vor kurzem eine Frau an den Folgen des Eingriffes gestorben war, und dass sie der bevorstehende nBeschneidung einer Gruppe von jungen Mädchen nicht zustimmen würden. "Diese schädliche Tradition wird jedoch auch in Awaqut nicht von einem Tag auf den anderen verschwinden, trotz des Filmes und trotz der Einsicht vieler Frauen. Oft wird danach im Heimlichen weiter beschnitten", erklärt uns eine Wadi-Mitarbeiterin des Mobilen Teams. "Wir werden auch dieses Dorf wiederholt besuchen und die Entwicklungen weiter verfolgen." Nur durch die jahrelangen Besuche des Teams in den Dörfern ist es gelungen, eine Vertrauensbasis aufzubauen, die erst die Ausstrahlung etwa des Aufklärungsfilmes und ein offenes Gespräch unter Frauen ermöglicht.

Mary Kreutzer ist Politikwissenschafterin und gründete vor 3 Jahren gemeinsam mit Thomas Schmidinger die österreichische Sektion der deutschen Hilfsorganisation Wadi. Sie bereiste den Irak zuletzt im April dieses Jahres, um die von Österreich unterstützen Wadi-Projekte zu evaluieren und einer Gruppe von JournalistInnen zugänglich zu machen. Sie ist Projektreferentin von Wadi und Chefin vom Dienst der Menschrechtszeitschrift liga.

VON STAATLICHER ZU PRIVATER HERRSCHAFT?

Irakische Frauen als Betroffene von Gewalt

Drei Jahre ist es her, dass das Ba'th-Regime im Irak gestürzt wurde. Die Situation der Frauen hat sich seitdem in einigen Bereichen verbessert. Ein Phänomen, das sich überall auf der Welt beobachten lässt, zeigt sich allerdings auch hier: Die Gewalt gegen Frauen ist nicht verschwunden, sie hat sich vielmehr gewandelt.

Prauen unter dem Ba'th-Regime waren vielfach von Gewalt betroffen: Sie litten nicht nur unter den Kriegen, sondern häufig auch unter jenen Formen von Gewalt, die alle Menschen im Irak treffen konnten, die einer oder mehreren diskriminierten Gruppen angehörten, außerhalb der Ba'th-Partei politisch aktiv waren oder Angehörige von politischen AktivistInnen waren. So konnte eine Frau als Peshmerga oder als Schwester eines politischen Aktivisten, als Sexarbeiterin oder wegen ihres Einsatzes für die Menschenrechte eingesperrt, gefoltert und ermordet werden. Frauen waren betroffen von der Anfal-Kampagne, dem Giftgasangriff auf Halabja, von Vertreibungen, den Angriffen auf SchiitInnen oder auf religiöse Minderheiten, sie waren Leidtragende der Kriege – und sie waren Leidtragende von staatlicher sowie von familiärer Gewalt gegen Frauen.

Dabei ist charakteristisch, dass Gewalt und Herrschaft im Irak Frauen und Männer ihrer Art und ihrem Ausmaß nach in sehr unterschiedlicher Weise betrafen und betreffen. Diese Unterschiede sind an den Praxen der Ba'thistInnen ebenso zu beobachten wie an von Banden und Milizen ausgeübter und auch an familiärer Gewalt.

STAATLICHE GEWALT GEGEN FRAUEN

Mit der Machtergreifung der Ba'th-Partei 1968 erlitt die irakische Frauenpolitik einen herben Rückschlag. Bald wurden viele Frauenverbände verboten und die ba'thistische "General Federation of Iraqi Women" (GFIW) gegründet. Gleichzeitig verbesserte sich allerdings bis in die 80er Jahre hinein die Situation der Frauen im bildungspolitischen, sozioökonomischen und verfassungsrechtlichen Bereich. Ziel der Ba'th-Partei war dabei aber nicht Gleichberechtigung von Frauen, sondern deren ökonomische Nutzbarmachung und vor allem staatliche Kontrolle und Erreichbarkeit. Der Druck, der durch die Schwächung der privaten patriarchalen Strukturen von den Frauen genommen wurde, wurde ihnen durch die Unterstellung unter die Staatsmacht wieder aufgebürdet. Entsprechend blieb auch in jenen Bereichen, die Frauen als Individuen betrafen, nämlich in den Bereichen Polygamie, Scheidung und Erbrecht, die männliche Dominanz am stärksten erhalten.

In den 1980ern, mit dem Einsetzen des Iran-Irak-Kriegs, wandelte sich die Lage der Frauen drastisch. Bildungsprogramme nahmen ab und Repression zu. Mit der Dauer des Krieges wandelte sich das propagierte Frauenbild von dem der modernen, gebildeten Städterin zu dem der patriotischen, trauernden Witwe. Im Golfkrieg ab 1990 festigte die Ba'th-Partei dann ihre Machtposition durch Allianzen mit religiösen Führern und Clanchefs und nahm islamische

Symbole und Denkweisen in ihre Politik auf.

Während der gesamten Herrschaft der Ba'th-Partei waren Frauen als politische AktivistInnen, als Angehörige von politischen AktivistInnen, als Mitglieder bestimmter ethnischer Gruppen und als Prostituierte physischer wie sexualisierter Gewalt durch Angehörige des Regimes ausgesetzt. Diese Gewalt zielte oft nicht einmal auf die Frauen selbst ab, sondern wurde – unter Ausnutzung der patriarchalen Strukturen, die eine solche Vorgangsweise erst erfolgreich machen – dazu eingesetzt, männliche Familienangehörige zu treffen.

Das Ausmaß dieser sexualisierten Gewalt gegen Frauen war enorm. Der irakische Geheimdienst hatte eigens Männer für die Vergewaltigung von gefangenen Frauen angestellt. In jedem größeren Gefängnis befand sich neben den Folterkammern auch ein speziell ausgestatteter Raum für Vergewaltigungen. Ebenso war es staatliche Politik der Ba'thisten, sexualisierte Gewalt gegen Frauen als Mittel einzusetzen, um jemandem "das Auge zu brechen", öffentlich zu demütigen. Dazu wurden junge Frauen aus ihren Familien entführt, vergewaltigt und nach einigen Wochen zurückgebracht. Ein weiteres Mittel war die Erpressung von Frauen durch heimliches Filmen, etwa in der Umkleidekabine eines noblen Bagdader Modegeschäfts. Für die Mehrheit der Frauen bedeutete die Möglichkeit, ihr Ehemann könne von den Videoaufnahmen erfahren, eine solche Gefahr oder Schande, dass sie die Arbeit als Informantin für die Ba'th-Partei vorzogen.

Gegenüber den kurdischen Frauen griff die Ba'th-Partei zu besonderen Mitteln der Repression: Zahlreiche Kurdinnen, besonders Überlebende der Anfal-Kampagne, wurden zur Zwangsprostitution in arabische Nachbarstaaten verkauft.

Ein weiteres brutales Kapitel der staatlichen Gewalt gegen Frauen im Irak ist die Verfolung von Frauen, denen Prostitution vorgeworfen wurde. Zwischen 1991 und 2002 wurden 1500 solcher Frauen von Udai Saddam Husseins Feddayin ermordet, teilweise in Anwesenheit von FunktionärInnen der Ba'th-Partei und der "General Federation of Iraqi Women". Viele von ihnen wurden öffentlich enthauptet, die Köpfe wurden an den Häusern der Familien aufgepfählt.

Auch rechtlich waren Frauen unter dem Ba'th-Regime benachteiligt. Die Spitze des Eisbergs bildete ein in den 80ern erlassenenes Gesetz, das die "Bestrafung" von Frauen durch männliche Angehörige bis zum Mord legalisierte. Frauen hatten auch eine wesentlich schwächere Position vor Gericht als Männer.

Heute ist die direkte Gewaltausübung von seiten des Staates weitgehend eingedämmt. In rechtlicher Hinsicht und als Teilnehmende am öffentlichen Leben sind Frauen aber nach wie vor benachteiligt. Der Beschluss 137, ein Antrag des Regierungsrats vom Jänner 2004, das Personenstandsrecht durch die islamische Rechtssprechung der Sharia zu ersetzen, wurde allein durch das Engagement von zahlreichen Einzelpersonen und über 80 Organisationen zu Fall gebracht.

GEWALT DURCH ISLAMISTISCHE MILIZEN, TERROR-ORGANISATIONEN UND BANDEN

Bereits ab Ende der 1990er etablierten sich islamistische Gruppen in einigen Städten im Süd- und Nordirak. Nach dem Ende der Ba'th-Herrschaft stieg die Anzahl islamistischer Gruppen drastisch. Frauen, die sich nicht entsprechend der islamischen Kleiderordnung kleiden, werden bedroht und tätlich angegriffen.

Unter dem Ba'th-Regime war es lebensgefährlich, sich politisch zu engagieren. Heute treten Menschen für ihre Anliegen ein, unzählige Zeitschriften werden publiziert und Demonstrationen abgehalten. Aber auch heute sind beson-



Das Frauenzentrum in Biara, in der ehemals von den islamistischen Ansar al-Islam kontrollierten Region Havraman

ders politisch aktive Frauen in ständiger Lebensgefahr. Zahlreiche Frauenrechtsaktivistinnen und Politikerinnen wurden mit dem Tod bedroht oder ermordet.

Während früher viele Eltern Angst

hatten, ihren Töchtern den Besuch einer Universität zu erlauben, weil Saddam Husseins Söhne Frauen von der Universität verschleppten, vergewaltigten und oftmals ermordeten, ist diese zentralisierte Gewalt nun den Anschlägen, Überfällen, Entführungen, Vergewaltigungen und Morden islamistischer oder mafiaähnlicher Gruppen gewichen.

GEWALT INNERHALB DER VERWANDTSCHAFT

Die weltweit am stärksten verbreitete Form von Gewalt gegen Frauen ist jene, die im häuslichen Bereich von Familie und Verwandtschaft ausgeübt wird. Diese Formen von Gewalt werden bisher in weiten Teilen der Gesellschaft wenig problematisiert. So ergab eine 2003 im Südirak durchgeführte Umfrage, dass die Hälfte der Frauen wie der Männer es als Recht eines Mannes erachteten, seine Frau zu schlagen, wenn sie ihm nicht gehorcht. Diese Auffassung wird bis heute von irakischen Gesetzen gedeckt. Darüber hinaus gilt es als eine Verletzung der Familienehre, sich öffentlich als Betroffene von häuslicher Gewalt zu positionieren.

Mit häuslicher Gewalt eng verbunden sind Gewalttaten, die oft als "traditionsbedingte Gewalt" bezeichnet werden. Hierzu zählen so genannte Ehrenmorde und die Verstümmelung von Frauen. Ehemänner, Brüder, Väter und Söhne handeln teilweise nach Beschlüssen der Familien oder auch von Clanältesten, die meinen, eine Frau habe durch ein (tatsächliches oder ihr zugeschriebenes) Verhalten die Ehre einer Familie verletzt, die durch das Verbrechen an der Frau wiederhergestellt werden müsse.

Die Organisation "Kurdish Women Against Honour Killings" (KWAHK) berichtet von hunderten Frauen, die zwischen 1991 und 1998 aus Gründen der "Ehre" – wegen (angeblicher) außerehelicher sexueller Beziehungen, Ver-

weigerung einer Zwangsheirat oder der (geplanten) Heirat gegen den Willen der Familie – ermordet wurden. Erst 2002 wurde im kurdischen Nordirak die Basis für eine Verurteilung der Täter geschaffen: Eine Gesetzesnovelle verhindert, dass "ehrenwerte Motive" als milderner Umstand im Zusammenhang mit Verbrechen aufgrund der "Ehre" akzeptiert werden.

Weit verbreitet im Nordirak ist auch die Praxis der Zwangsheirat. Frauen werden gegen eine Schwester des Bräutigams (jin be jin) zwecks Einsparung des Brautgelds und Erhöhung des Zusammenhalts zwischen Lineages, gegen Kinder (biçuk be gewre), die so einer Familie versprochen werden, gegen die Tochter des Onkels väterlicherseits (kiç î mam) nach dem Gewohnheitsrecht oder gegen "Blut" (jin be xwên) zur Beendigung eines Konflikts zwischen Clans getauscht. Weigert sich eine Frau, eine solche Ehe einzugehen, so schwebt sie meist in extremer Gefahr, Opfer eines Ehrenmordes zu werden.

Erst in den letzten Jahren ist zudem allgemein bekannt geworden, dass in einigen Gebieten im Nordirak die Praxis der Genitalverstümmeldung (FGM) weit verbreitet ist.

Zahlreiche Irakerinnen nehmen sich aufgrund von Familienstreitigkeiten, Gewalt und Zwangsehen das Leben. Vor fünf Jahren wurden allein im Raum Suleymania über 100 Selbstverbrennungen pro Jahr dokumentiert. Erst 1998 öffnete in Suleymania das erste Frauenschutzhaus, weitere Häuser im kurdischen Autonomiegebiet folgten. Im Jahr 2004 eröffneten schließlich Frauenschutzhäuser in Bagdad und Kirkuk.

EIN VORSICHTIGER BLICK NACH VORN

Nach dem Sturz des Regimes haben sich die Lebenssituationen von Frauen in vielerlei Hinsicht geändert. Ebenso haben sich die Formen von Gewalt gewandelt. Bestimmend sind der Wegfall der staatlich organisierten und der Rückgang der staatlich legitimierten Gewalt bei gleichzeitigem Anwachsen von mafiaähnlichen Strukturen und (islamistischer) Banden- sowie oft auch familiärer Gewalt und Kontrolle.

Welche Auswirkungen diese neue Situation auf die Gesellschaft hat und wie sie sich wandelt, ist weitgehend offen. Fest steht aber: Heute organisieren sich Frauen wieder, stehen verstärkt für ihre Rechte ein und haben wieder mehr Möglichkeiten und Mittel, ihre Meinung zu äußern, sich vor Gewalt zu schützen, für die Bestrafung der Täter zu sorgen und ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

Literaturauswahl:

Al-Khayyat, Sana (1991). Ehre und Schande. Frauen im Irak. München: Kunstmann.

Kreutzer, Mary & Schmidinger, Thomas (Hg.) (2004). Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie? Freiburg: ça ira. Makiya, Kanan (1989/1998). Republic of Fear. The Politics of Modern Iraq. Berkeley, Los Angeles: University of California Press. http://web.amnesty.org/library/Index/ENGMDE140012005?open&of=ENG-IRO

Ines Garnitschnig ist Psychologin, in feministischen und antirassistischen Zusammenhängen aktiv und Mitglied von Wadi-Österreich.

Frauenorganisationen im Irak

Im Folgenden wird kurz auf die Geschichte der Frauenbewegungen im Irak eingegangen und es werden exemplarisch einige – regionale und gesamtirakische – Frauenorganisationen vorgestellt.

Bereits in den 1930er Jahren begann sich im Irak eine Frauenbewegung unter dem Einfluss Ägyptens, Syriens und Palästinas zu formieren. Dem Kampf der irakischen Frauen in den 1950er Jahren war die Einführung des Personenstandrechts von 1958 geschuldet, welches das Recht auf Arbeit und Bildung, auf Ehe sowie Scheidung am Zivilgericht und das Sorgerecht für beide Elternteile regelte.

FRAUEN UNTER DEM BAATH-REGIME

ie Ba'thpartei war bestrebt, auch die Frauen in das ba'thistische System zu integrieren. Dazu wurden die allgemeine Schulpflicht eingeführt, Alphabetisierungskampagnen durchgeführt und die Berufstätigkeit der Frauen - v. a. während des Iran-Irak-Krieges – gefördert. Diese Maßnahmen hatten aber nicht die Emanzipation der Frauen zum Ziel, sondern deren Integration in das System. Beispielsweise sollten durch Alphabetisierung auch Frauen die nationale ba'thistische Presse verfolgen können. Im Zuge der kompletten Durchorganisierung der irakischen Gesellschaft wurde 1969 die Generalunion der Frauen gegründet, von der sich das Regime u. a. eine bessere Uberwachung der Bevölkerung erhoffte, indem Frauen insbesondere ihre männlichen Familienangehörigen bespitzeln sollten. Durch Zwangsmitgliedschaft und Repression wurde anderen Frauenorganisationen die Arbeit verunmöglicht.

Aus der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP) war eine Frauenorganisation hervorgegangen, die sich bereits



Mitarbeiterin des freien Radiosenders Dengi Nwe

in den 1940er Jahren zu formieren begonnen hatte. Nach dem Sturz der Monarchie 1958 benannte sie sich in Irakische Frauenliga um und konnte erstmals in der Legalität arbeiten. Ihre damalige Mitgliederzahl wurde mit 25.000 angegeben. Unter dem Ba'th-

Regime wurde sie erneut in den Untergrund gedrängt, zahlreiche Aktivistinnen wurden Opfer des Terrorregimes.

Auch in Irakisch-Kurdistan gründeten sich den Parteien PUK und KDP nahe stehende Frauenorganisationen, die zum Teil bis heute weiterbestehen. Neben dem Kampf um Frauenrechte engagierten sich viele Aktivistinnen auch im Widerstand gegen das Ba'th-Regime.

UNABHÄNGIGE INITIATIVEN

Tach dem Sturz Saddam Husseins, bzw. im selbst verwalteten Teil des Nordiraks bereits in den 1990er Jahren, wurden zahlreiche unabhängige Frauenorganisationen gegründet. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen hier einige davon vorgestellt werden.

Frauen aus verschiedenen Teilen des Irak gründeten 2003 in Washington die Women's Alliance for a Democratic Iraq – WAF-DI¹, mit dem Ziel der Schaffung eines freien und demokratischen Irak, in dem Frauen und Männern die gleichen Rechte zugestanden werden. Frauen sollen in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen gleiche Chancen erhalten. Zu ihren Aktivitäten zählen Demokratie- und Menschenrechts-Trainingskurse für Frauen sowie verschiedene ökonomische und kulturelle Projekte.

Anfang 2004 war die Organisation of Women's Freedom in Iraq (OWFI)² in Bagdad zentral an den Massenprotesten gegen die Einführung der Sharia – welche das Personenstandsrecht von 1958 ersetzen sollte – beteiligt. OFWI tritt für einen säkularen Irak und Gleichberechtigung der Geschlechter ein.

In Irakisch-Kurdistan wurde ein Netzwerk von Frauenorganisationen gegründet, dem auch Wadi angehört, um die Arbeit gegen Gewalt an Frauen, besonders gegen so genannte Ehrenmorde zu koordinieren. Die in Suleymania ansässige Organisation Asuda³ ist eines der Mitglieder des Netzwerks. Asuda wurde im Jahr 2000 gegründet und bietet Frauen, die von "Ehrenmord" bedroht sind, Schutz, psychologische Betreuung und rechtlichen Beistand. Die Dokumentation und Anzeige solcher Fälle sowie deren öffentliche Verurteilung zählen ebenso zu ihrem Tätigkeitsfeld wie die Unterstützung verwandter Initiativen. So hielt Asuda beispielsweise im Juni 2005 ein Trainingsseminar für 20 NGO aus dem Zentral- und Südirak ab, die im Bereich Frauen- und Menschenrechte arbeiten.

Literatur:

Mahmoud, Houzan: Partizipation durch Widerstand. Der Beschluß 137 und die neue Frauenbewegung für Gleichberechtigung und Säkularismus. In: Kreutzer. Mary/Schmidinger. Thomas (Ho.): Irak. Von der Republik der Angst

Kreutzer, Mary/ Schmidinger, Thomas (Hg): Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie? Ça ira, Freiburg 2004.

Fischer-Tahir, Andrea: Nationalismus und Frauenbewegung in Irakisch-Kurdistan. In: Borck, Carsten/ Hajo, Siamend/Savelsberg, Eva (Hg): Kurdische Frauen und das Bild der kurdischen Frau. Kurdologie Bd. 3. LIT Verlag, Münster 2000.

Alicia Allgäuer ist diplomierte Sozialarbeiterin und studiert zur Zeit Politikwissenschaften in Wien. Sie ist Mitglied von Wadi Österreich, Sektion Vorarlberg. Sie verfasste ihre Diplomarbeit über ein von ihr mitbetreutes Projekt mit Minenarbeiterinnen in Bolivien: "Die Guarda-Bocaminas von Potosí, Bolivien und Ansätze für eine befreiungsorientierte politisierende Sozialarbeit"

- 1 http://www.wafdi.org
- 2 http://www.equalityiniraq.com
- 3 http://www.asuda.org

"Aktive Journalistinnen kann man an einer

HAND ABZÄHLEN"

Ein Gespräch mit Sara Qadir, Redakteurin der Zeitung Awene in Suleymania, über Medien von und für Frauen im Nordirak und die begrenzte Freiheit von Journalistinnen.

Gibt es viele Zeitungen für Frauen in Irakisch- Kurdistan?

Fast jede Zeitung hat eine spezielle Seite, die sich mit frauenspezifischen Themen und sozialen Fragen beschäftigt. Außerdem gibt es in Suleymania verschiedene Zeitschriften für Frauen, wie z. B. Pegar, Rewan, Rasan und Zhianawa, die ein- bis zweimal im Monat erscheinen. Sie sind jedoch in der Regel mit einer politischen Partei verbunden, bilden sozusagen den "Schatten ihrer Partei". Deshalb entspricht ihre Arbeit auch immer der Parteipolitik. Das heißt natürlich nicht, dass es nicht auch gute Leute bei diesen Zeitungen gibt, unabhängige aktive Frauen. Doch ihre Möglichkeiten sind beschränkt. Sie dürfen die Grenzen, die ihnen die Parteipolitik vorschreibt, nicht überschreiten.

In Arbil und Halabja gibt es seit kurzem spezielle Radiosender für Frauen und Jugendliche. Die anderen Radiound Fernsehsender haben in der Regel eine Stunde in ihrem Programm für frauenspezifische Themen reserviert.

Welche Themen werden behandelt?

Generell behandeln die Medien Probleme von Frauen, so zum Beispiel physische Gewalt gegen Frauen oder "Gewre be Biçuk"-Ehen ("Groß gegen Klein"-Ehen, d. h. Zwangsverheiratung von Frauen, indem eine erwachsene Frau gegen ein Mädchen oder Baby zur späteren Heirat zwischen zwei Familien ausgetauscht wird).

"Frauenzeitschriften", die sich mit Make-up und Ähnlichem beschäftigen, gibt es hier noch nicht. Neuerdings haben wir aber Werbeanzeigen für Make-up im Programm (lacht).

Außerdem informieren die Zeitungen über verschiedene Aktivitäten für Frauen, Konferenzen und Ähnliches.

Erreichen die Zeitungen viele Frauen und sind sie akzeptiert?

Nein, ich glaube nicht, dass die Zeitungen viele Frauen erreichen. Es ist also auch schwer zu beurteilen, ob sie akzeptiert sind.

Warum nicht?

Weil sie sich nicht mit den wirklich wichtigen Themen beschäftigen und zudem schlecht gemacht sind, viele Fehler enthalten und so weiter.

Was wären Ihrer Meinung nach wichtige Themen?

Ein Beispiel: Am 8. Mai war der Weltfrauentag. An diesem Tag brachte ein Mann seine Frau mit einer Gasflasche um. Niemand berichtete über den Hintergrund dieser Tat



Alicia Allgäuer und Fallah Muradkhin zu Gast in der Redaktion von Awene, im Gespräch mit Sara Qadir

oder verfolgte weiter, was mit dem Ehemann später passiert ist. Ein anderes Beispiel: Im Jahr 2005 haben sich allein in Suleymania 725 Frauen selbst angezündet, 172 starben. 62% von ihnen wollten Selbstmord begehen, die meisten waren zwischen 14 und 21 Jahren alt. (Anm.: Die Daten stammen vom Gesundheitsministerium.) Oder ein Beispiel aus Rania: 4500 kleine Mädchen sind bereits heute einem Mann versprochen, sie werden in einigen Jahren zwangsverheiratet.

Niemand schreibt über solch wichtige Themen, es gibt keine Strategie, wie man mit Hilfe der Medien dagegen angehen könnte.

Gibt es generell viele Journalistinnen?

Es kommt darauf an, was man darunter versteht. Es gibt viele, die einen oder zwei Artikel im Jahr schreiben, die also nicht wirklich zählen. Wirklich gute, aktive Journalistinnen kann man an einer Hand abzählen.

Hat jede Zeitung eine Reporterin?

Nein, sogar bei den guten Zeitungen ist es noch lange nicht Standard, dass dort auch Frauen arbeiten.

Gibt es denn journalistische Freiheit für Frauen?

Generell ist es nicht einfach hier für Journalistinnen. Zum Beispiel fand ein Treffen in einem Ministerium um 23.00 Uhr statt. Für eine Frau ist es schwierig, dort hinzugehen, sie muss einen Kollegen schicken. Auch wenn man selbst modern eingestellt ist, kann man hier nicht so frei handeln, wie man es gerne möchte, wenn man damit gegen die Tradition verstößt.

Außerdem gibt es viele Bereiche, über die die meisten Journalistinnen nicht berichten dürfen, wie z. B. Homosexualität oder Jungfräulichkeit. Journalistinnen sind immer von der Freiheit abhängig, die ihnen ihr Herausgeber gewährt.

Frau Qadir, wir danken für das Gespräch.

Das Interview führten **Falah Muradkhin**, Jurist und **Wadi-Koor**-dinator im Irak, **Anne Mollenhauer** von Wadi Deutschland und **Alicia Allgäuer** von Wadi Österreich.

Website: www.awene.com

DIE IRAKISCHE VERFASSUNG

EINE CHANCE FÜR TRAKS FRAUEN?

Seit der Befreiung im Jahre 1991 atmet der kurdische Nordirak auf. Zahlreiche BürgerInneninitiativen und Frauenorganisationen sprießen aus dem Boden.

Unter dem Terrorregime Saddam Husseins hatten Frauen keinerlei Rechte. 1990 legalisierte der irakische Staat sogar Ehrenmord per Dekret. Das einzige Recht irakischer Frauen war es gewesen, gesunde, tapfere Märtyrer zu gebären und die Familie zu versorgen. So schrieb etwa die staatseigene Zeitung Al-Jumhurriyah 1991: "Jede irakische Mutter muss ihrem Kind beibringen, wie man schießt, kämpft und heldenhaft stirbt."

Entgegen dem Mythos, der Irak sei trotz Diktatur fortschrittlich gewesen, waren auch im Zweistromland häusliche Gewalt, Vergewaltigung und Mord an der Tagesordnung Der Krieg verschlimmerte die Lage der Frauen noch. Sie waren die Hauptleidtragenden der steigenden Gewalttoleranz. Die irakische Übergangsverfassung erreichte nur bedingt Verbesserungen für irakische Frauen, obwohl sie mit dem Verbot jeglicher Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (Art. 12), erstmals ein positives Zeichen in Sachen Frauenrechten setzte. Nicht zu vergessen ist, dass in keinem arabischen Land eine derart fortschrittliche Verfassung existiert. Außerdem ermöglicht die Befreiung des Irak Frauen, trotz aller Terroranschläge und des Backlashes in Teilen des Landes, aktive politische Partizipation. So gelang es etwa Frauenorganisationen im Frühjahr 2004, die Einführung der Scharia im Zivilrecht zu verhindern.

Am 15. Oktober 2005 wurde über die neue irakische Verfassung abgestimmt. Auf den ersten Blick wirkt diese Verfassung auch für Frauen viel versprechend: Sie garantiert die Gründung eines Frauenministeriums und spricht Frauen das Recht auf ein Viertel der Sitze in der Nationalversammlung zu. Frauen haben ein Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben und passives wie aktives Wahlrecht. Die Verfassung garantiert ihnen Zugang zum Gesundheitswesen und verbietet alle Formen von Gewalt gegen Frauen.

Doch gerade nichtstaatliche irakische Frauenorganisationen riefen zum Boykott der Abstimmung auf. Warum betrachten viele irakische Frauen die neue irakische Verfassung als Damoklesschwert?

Bereits im Vorfeld kritisierten irakische Frauenorganisationen und internationale NGOs daran den prägenden Einfluss des islamischen Schariarechts. Grund für die Ablehnung ist Art. 2 Abs. 1 der Verfassung, der das islamische Recht als fundamentale Rechtsquelle festsetzt. Die so entstehende Kombination von weltlichen Grundrechten und Elementen der Scharia führt zu einer Verfassung voller grundsätzlicher Widersprüche, die besonders für Iraks Frauen gefährlich werden können. Für Empörung sorgte besonders Artikel 39, der Heirat, Scheidung, Erbrecht und Staatsangehörigkeit regelt. Er besagt, dass alle IrakerInnen ihren Personenstand "gemäß ihrer Religion, Glaubensgemeinschaft, ihren Vorstellungen und Entscheidungen" bestimmen dürfen. Irakische Frauenorganisationen befürchteten, dass auf Basis dieses Artikels Druck besonders auf muslimische Frauen ausgeübt werden würde. Denn dies bedeutet, dass es zwar eine Zivilgesetzgebung über den Personenstand gibt, IrakerInnen aber aus religiösen oder Gewissensgründen die Scharia als Rechtsquelle wählen können. Sollte sich die Scharia durchsetzen, bedeutet dies unter anderem, dass ein Mann sich von seiner Frau scheiden lassen kann, indem er dreimal diese Intention vor ihr ausspricht. Wie soll dadurch gewährt werden, dass eine weltlich erzogene Frau dem Druck ihrer konservativen, religiösen Familie standhalten kann? Artikel 39 bedeutet auch im Bezug auf Zwangsheirat ein Desaster für Iraks Frauen. Mehrehen sind weiterhin zulässig. Im kurdischen Nordirak ist Ehrenmord zwar mittlerweile gesetzlich verboten, doch die neue Verfassung schützt die Täter.

Und die 25-%-Quote im Parlament? Viele Frauenorganisationen erkennen ihre parlamentarischen Vertreterinnen nicht an und werfen ihnen vor, den alltäglichen Problemen ihrer Landsfrauen völlig entfremdet zu sein. Dennoch liegt in der 25-%-Klausel und dem Frauenministerium ein kleiner Lichtblick für Iraks Frauen.

Das Diskriminierungsverbot der neuen Verfassung stellt zunächst ein Wunschziel dar, das es nun mit konkreten Taten zu erreichen und zu füllen gilt. Mit dem Sturz Saddams aber besteht hierfür erstmalig die Möglichkeit.

Und diese will man im kurdischen Nordirak, wo man seit der Befreiung Milliarden-Dollar-Infrastrukturprojekte und internationale Wirtschaftsprojekte aufbaut, beim Schopf packen. Diverse NGOs haben am Entwurf der kurdischen Verfassung gearbeitet und dabei hunderte von Vorschlägen und Dokumenten einbezogen. Pakshan Zangana, die einzige Frau im 20-köpfigen Verfassungskomittee, setzt sich hierbei für die Rechte der Frauen ein. Die kurdische Regionalverfassung erkennt zwar die "muslimische Identität der kurdischen Bevölkerung" an, macht den Islam aber nicht zur "fundamentalen Basis" der Verfassung und gewährt damit allen religiösen Gruppierungen völlige Rechtsgleichheit. So hebelt sie den in Kurdistan besonders umstrittenen Artikel 39 der irakischen Verfassung aus.

Chilura Hardi, Leiterin einer nichtsstaatlichen Frauenorganisation, reichte einen Frauenrechtsvorschlag beim Verfassungskomittee ein, der von über 70 verschiedenen, in der ganzen Region verteilten Frauenorganisationen entworfen worden war. Grundlage hierfür waren die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women der UN von 1979 und die Frauenrechtskonvention der afrikanischen Union von 2003. Der kurdische Verfassungsvorschlag verbietet FGM, Polygamie und Zwangsheirat zur Beendigung von Familienkonflikten.

Diese jüngsten Entwicklungen zeigen, dass im Nordirak von Frauen die Chance ergriffen werden kann, Frauenrechtsverletzungen zu thematisieren und zu enttabuisieren. Die Bevölkerung beginnt, sich kritisch mit Gesellschaft und Verfassung auseinander zu setzen und beteiligt sich damit aktiv am Aufbau einer Zivilgesellschaft.

Sandra Strobel ist Mitarbeiterin von Wadi und war zuletzt im Dezember 2005 im Irak.

Irakische Frauen haben nie Aufgegeben"

Manal Omar im Gespräch

Manal Omar ist Frauenrechtsaktivistin und Regionalkoordinatorin von Women for Women International. Wadi sprach mit der in den USA aufgewachsenen Feministin palästinensischer Herkunft über ihre Aktivitäten im Irak.



Wann begannen Sie im Irak aktiv zu werden?

Ich kam erstmals 1997/1998 für die UNO in den Irak. Ich spürte intuitiv, dass beim "Oil for food"-Programm vieles falsch lief, doch ich verstand die Hintergründe dafür nicht. Erst als ich später von dem UN-Korruptionsskandal erfuhr, begann ich zu verstehen, was da passierte. Als UNO-MitarbeiterInnen ließ man uns nur gewisse Zonen besichtigen und mein Schock war groß, als ich nach der Befreiung von 2003 erneut in den Irak reiste und die unglaubliche Armut der Leute sah. Der Irak nach 2003 war ein komplett anderes Land. Man konnte über die Regierung schimpfen, sah aber auch das Elend, das das Ba'th-Regime hinterlassen hatte. Wir haben Frauen gesehen, die in Höhlen vor sich hinvegetierten und im Sterben lagen. Selbst die IrakerInnen im Exil wollten uns zu Beginn das Ausmaß an dem, was das Regime angerichtet hatte, nicht glauben, es überstieg ihre Vorstellungskraft. Was wir sahen, war schlimmer als Afghanistan.

Wie sieht der Alltag der Frauen nach dem Sturz Saddam Husseins aus?

Das Sicherheitsproblem wirkt sich auf Frauen doppelt aus. Immer mehr Frauen verschleiern sich, um das Risiko zu vermindern, von Milizen angegriffen, vergewaltigt oder von Terroristen entführt zu werden. In Basra kommt es neuerdings zu Säure-Attacken auf unverschleierte Frauen, durchgeführt von lokalen Milizen, die angeblich für Sicherheit auf den Straßen sorgen. Viele Eltern lassen ihre Töchter deshalb nicht mehr aus dem Haus gehen. Der Handel "Freiheit gegen Sicherheit" ist ein sehr gefährlicher. Doch Frauen organisieren sich und leisten Widerstand.

Welche Rolle spielt dabei der Islam?

Diese Debatte wird auch im Südirak sehr manichäisch geführt. Zu viele Frauen glauben, Säkularisierung und Frauenrechte wären per se mit dem Islam unvereinbar und da sie religiös sind, werden deshalb eben die Frauenrechte abgelehnt. Wir versuchen deshalb auch aufzuzeigen, dass es wesentlich komplizierter ist und auch der Islam mit Frauenrechten vereinbar ist.

Zur Zeit scheint das aber wenig Erfolg zu haben.

Das Entscheidende ist, dass die irakischen Frauen nie aufgegeben haben. Wir haben unseren Mitarbeiterinnen vor Ort aus Sicherheitsgründen mehrmals angeboten die Projekte aufzugeben. Sie haben immer gesagt: "Wenn ihr geht, machen wir in Eigenregie weiter!" Wenn die irakischen Frauen selbst ihren Kampf um Gleichstellung nicht aufgeben wollen, dann gibt es Hoffnung und dann müssen sie dabei unterstützt werden!

Das gesamte Gespräch kann auf www.wadinet.at/Media/audio.php gehört oder downgeloadet werden.

IRAK "Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?" (Mary Kreutzer, Thomas Schmidinger (Hg.), ça ira, Freiburg 2004)

Die beiden Wadi-MitarbeiterInnen wollten mit dem Sammelband vor allem eines: IrakerInnen aus den verschiedensten Regionen des Landes oder aus dem Exil mit den unterschiedlichsten politischen und biografischen Hintergründen zu Wort kommen lassen. So entstand ein einmaliges Buch, das nicht von selbst ernannten "ExpertInnen", sondern v.a. von politisch aktiven und intelektuellen IrakerInnen selbst verfasst wurde.

Gestürmte Festung Europa (Corinna Milborn, Styria, Wien 2006)

Die Autorin bereiste v.a. die südlichen Außengrenzen Europas und führte unzählige Interviews, die von der Abschottungspolitik Europas erzählen und kombiniert mit den Arbeiten des Fotografen Reiner Riedler ein Reportagebuch hervorbrachten, das wir unseren LeserInnen auf jeden Fall empfehlen wollen. Bereiste Orte: London und Paris, Ceuta und Melilla, Marokko, Burkina Faso und Ghana, Südspanien etc.

Kurdisch-Deutsches Wörterbuch. Sorani (Feryad Fazil Omar, Institut für Kurdische Studien, Berlin 2005)

Nach mehr als zwölfjähriger Arbeit hat der Kurdologe Feryad Fazil Omar das erste Sorani-Deutsche Wörterbuch fertig gestellt. Beim Blättern in über 1000 Seiten mit 60.000 Stichwörtern merkt man schnell: Der Autor verfügt nicht nur über ungemeines Wissen, sondern hat auch Freude an der Sprache. In welchem Wörterbuch kann man schon neben Redewendungen und Sprichwörtern auch noch zahlreiche Zitate, Gedichte und Kinderlieder finden?

iz3w (Zeitschrift des Informationszentrums 3. Welt, Freiburg)

Die iz3w ist im deutschsprachigen Raum sicherlich das qualitativ hochwertigste Magazin mit Analysen, Interviews und Reportagen aus dem Trikont. Sie erscheint achtmal im Jahr, ein Abo ist in Österreich für nur € 36 zu haben. Sehr zu empfehlen auch die Schwerpunktnummer zu Irak und Afghanistan (Jan/Feb 2006). Leseproben/Infos: www.iz3w.org.

NTERNATIONAL

Neue Regierung(en) im Irak – Nach monatelangen Verhandlungen wurde Ende April eine neue irakische Koalitionsregierung gebildet, in die ethnische und religiöse Parteien der KurdInnen, SchiitInnen und SunnitInnen eingebunden sind. Den wichtigsten Streitpunkt bildete dabei die Besetzung der Position des Regierungschefs. Neuer Ministerpräsident ist Jawad al-Maliki (Dawa). Staatspräsident bleibt PUK-Vorsitzender Jalal Talabani. Am 7. Mai folgte die Zusammenlegung der beiden kurdischen Regionalregierungen der PUK und KDP unter Necirvan Barzani (KDP), dem Neffen von Autonomiepräsidenten Masud Barzani (KDP). Als stellvertretender Premierminister fungiert der bisherige PUK-Premierminister Omer Fattah Hussain. Die Ministerien wurden zwischen PUK und KDP aufgeteilt, den wichtigsten Ministern ein Staatsekretär der jeweils anderen Partei zur Seite gestellt.

Repression gegen kritische Medien – Am 2. Mai wurden die Chefredakteure von Hawlati und von Awene, Asos Herdi und Twana Osman, zu je sechs Monaten Haft verurteilt. Sie hatten im Oktober 2005 einen Artikel publiziert, in dem der damalige Ministerpräsident des PUK-beherrschten Teils Irakisch-Kurdistans, Omar Fatah, beschuldigt wurde, für die Kündigung von zwei Mitarbeitern des Kommunikationsministeriums gesorgt zu haben, die seinen privaten Telefonanschluss stillgelegt hatten. Er hatte seit Monaten die Rechnung nicht bezahlt. Auch gegen den Eigentümer der Zeitung läuft zur Zeit ein Verfahren. Unabhängige JournalistInnen befürchten durch das geplante neue restriktive Pressegesetz eine Gefährdung der Pressefreiheit in Irakisch-Kurdistan.

Österreichisch-kurdischer Journalist wieder frei – Am 3. 4. 2006 wurde der im nordirakischen Arbil/Hawler inhaftierte Kamal Sayid Qadir aus der Haft entlassen. Die Verurteilung wegen "Entehrung der kurdischen Führung und ihres Kampfes", zu der er nach massiven Beschimpfungen gegen die Familie Barzani und die kurdischen Behörden im Dezember verurteilt worden war, wurde nach einer Einigung mit den Behören annulliert, eine Begnadigung unterzeichnet. Qadir kehrte mittlerweile nach Österreich zurück. Für seine Freilassung hatten sich neben Wadi auch amnesty international und Reporter ohne Grenzen eingesetzt.

Türkei: Hohe Militärs in Anschlag verwickelt – Anfang März 2006 kam es zu Untersuchungen gegen den Kommandeur der türkischen Bodentruppen, General Yasar Büyükanit, wegen seiner Beteiligung an einem Anschlag in Türkisch-Kurdistan. Büyükanit und mehrere Männer unter seinem Befehl werden von der Staatsanwaltschaft des Machtmissbrauchs und der Gründung einer kriminellen Untergrundorganisation verdächtigt. Bei einer Bombenexplosion in einem Buchladen in der Stadt Semdinli, der der kurdischen Guerilla PKK in die Schuhe geschoben werden sollte, waren im November 2005 ein Mensch getötet und sechs weitere verletzt worden. Der Anschlag hatte eine Protestwelle der lokalen Bevölkerung ausgelöst. Das türkische Justizministerium begann nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft seinerseits mit Ermittlungen gegen die Staatsanwaltschaft.

Sudan verweigert UN-Truppen in Darfur – Trotz eines Waffenstillstands zwischen Regierungstruppen, SLA (einer der großen Rebellenorganisationen in Darfur) und einer SLA-Splittergruppe weigert sich die sudanesische Regierung weiterhin, die Stationierung von UN-Truppen in Darfur zu akzeptieren. Die zweite große Rebellengruppe, JEM, will sich bislang dem Waffenstillstand nicht anschließen. Bei Bürgerkriegshandlungen und genozidalen Verfolgungen nichtarabischer Bevölkerungsgruppen in Darfur waren in den letzten Jahren zwischen 200.000 und 350.000 Menschen ums Leben gekommen und 1,5 bis 2 Millionen Menschen vertrieben worden. Deren Situation als Internally Displaced Persons im Sudan oder in den Flüchtlingslagern in Darfur hat sich in den letzten Monaten durch vom Sudan unterstützte Rebellen im Tschad weiter verschlechtert.

ÖSTERREICH

Rat der EU-EntwicklungsministerInnen – Am 10. und 11. April fand im Rahmen des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen unter dem Vorsitz von Staatssekretär Hans Winkler ein Treffen der europäischen EntwicklungsministerInnen statt. Im Mittelpunkt: die Weiterführung der Friedensfazilität für Afrika ab 2008, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten und die Aussetzung der Zahlungen an die Palästinensische Autorität.

"Ehe ohne Grenzen" – Angesichts der zunehmenden Verunmöglichung des Zusammenlebens binationaler Paare seit Inkrafttreten des "Fremdenpakets 2005" haben sich binationale Paare in einer Initiative zusammengefunden, mit der sie für ihr Recht auf freie PartnerInnenwahl kämpfen wollen. Sie sammeln persönliche Fallgeschichten und führen seit April wöchentliche Kundgebungen vor dem Innenministerium durch. Gefordert werden u. a. ein Abschiebungsstopp und die Möglichkeit, einen Niederlassungantrag aus dem Inland zu stellen. Infos unter: www.ehe-ohne-grenzen.at

Österreichisch-Irakische Freundschaft - Am 6. Mai wurde die erste ordentliche Generalversammlung des Österreichisch-Irakischen Freundschaftsvereins IRAQUNA in der Irakischen Botschaft abgehalten. In Anwesenheit des irakischen Botschafters Tariq Aqrawi und von VertreterInnen von SCIRI, Dawa, PUK, KDP und der Kommunistischen Partei wurden der erste reguläre Vorstand und der Beirat der Organisation gewählt, in dem auch Wadi vertreten ist. Der Verein will eine Verbindung zwischen Österreich und dem Irak darstellen und die Entwicklung eines demokratischen Irak fördern. Infos: www.iraquna.at

I - 2006 THEMA

Tu felix Austria nube?

Auswirkungen des neuen "Fremdenpakets"

Die Zeiten, in denen das "glückliche Österreich" heiratete, sind mit dem neuen "Fremdenpaket" vorbei. Binationale Paare werden von Amts wegen getrennt. Die Abschiebegefängnisse sind überfüllt. AsylwerberInnen können sogar schon im laufenden Verfahren abgeschoben werden.

Einige Monate nach der Einführung des neuen Asylgesetzes – einem Teil des so genannten Fremdenpakets – zeigen die ersten "Härtefälle" in der Praxis, wie menschenunwürdig die österreichische Asylpolitik geworden ist. Die Abschiebung von Zou Youeying, der chinesischen Ehefrau eines Österreichers, der dafür dann noch € 6.079,- für die Kosten der Schubhaft und der Abschiebung in Rechnung gestellt bekam, kam als erster derartiger Fall auch an die mediale Öffentlichkeit. Er stellt jedoch nur die Spitze des Eisbergs dar.

Derzeit sind weit über hundert Fälle von Paaren bekannt, denen die Abschiebung des nichtösterreichischen Ehepartners droht. Vor allem jene, die vor Inkrafttreten des neuen Gesetzespakets ihren Asylantrag – wie bisher üblich – zurückgezogen haben, um die mit der Heirat verbun-



Binationales Paar: verliebt, verlobt, abgeschoben

dene Aufenthaltsbewilligung zu erhalten, fallen durch die mangels Übergangsfristen entstandene gesetzliche Lücke. Nach der neuen Rechtslage müssten sie den Antrag auf Niederlassungsbewil-

ligung in ihrem "Heimatland" stellen. In Österreich können sie ihren Aufenthalt nicht mehr legalisieren.

Den wohl bedeutendsten Rechtsbruch des neuen Asylgesetzes stellt jedoch die Tatsache dar, dass eine Berufung gegen einen negativen Asylbescheid in erster Instanz nicht mehr automatisch aufschiebende Wirkung besitzt. Nun kann das Bundesasylamt (BAA) dem/der AsylwerberIn mit dem negativen Bescheid die aufschiebende Wirkung seiner/ihrer Berufung aberkennen. Einem Einspruch ge-

gen diese Aberkennung müsste der Unabhängige Bundesasylsenat (UBAS) binnen einer Woche nachkommen, was angesichts des drei Wochen dauernden internen Aktenlaufs im völlig überlasteten UBAS jedoch schwer möglich ist. Ein/e AsylwerberIn kann dann in sein/ihr Herkunftsland abgeschoben werden, obwohl das Asylverfahren noch läuft. Wird dann ein positiver Asylbescheid in das Herkunftsland nachgeschickt, könnte dieser unter Umständen ein posthumer sein.

Seit Jänner 2006 sind die Schubhaftgefängnisse in Österreich überfüllt. Auch Personen, bei denen eine reale Abschiebung von vornherein unmöglich ist, werden einfach so lange in Schubhaft gehalten, bis sie wieder freigelassen werden müssen. Da in Sachen Schubhaft die repressiven Möglichkeiten des neuen Asylgesetzes voll ausgeschöpft werden, liegt die Vermutung nahe, dass in den nächsten Monaten auch die Befugnisse des neuen Fremdenpolizeigesetzes entsprechend genutzt werden. Dazu zählt nicht nur die Kriminalisierung von Menschen, die einem "Fremden" den "unbefugten Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union" erleichtern (§ 115) oder die Ermächtigung der Fremdenpolizei, Arbeitsräume und Wohnungen, wo der Verdacht auf Aufenthalt solcher Personen vorliegt, jederzeit zu durchsuchen (§ 36). In Zukunft werden negative Asylbescheide nur mehr direkt von der Fremdenpolizei ausgehändigt, was zur direkten Überstellung in die Schubhaft führen kann, wo abgewiesene AsylwerberInnen monatelang mit Kriminellen in Strafhaft zusammengesperrt werden können. Dass die Angst davor, auf diese Weise abgeschoben zu werden, fatal enden kann, zeigte sich vergangenen Freitag in einem von European Homecare betriebenen Quartier des Bundesinnenministeriums in Reichenau an der Rax. Als Beamte frühmorgens an die Tür seines von European Homecare betriebenen Quartiers klopften, geriet der Mann in Panik und sprang aus dem Fenster. Er wird vermutlich den Rest seines Lebens im Rollstuhl verbringen müssen.

Thomas Schmidinger ist Obmann von Wadi-Österreich, Flüchtlingsbetreuer, Vorstandsmitglied des Österreichisch-Irakischen Freundschaftsvereins "Iraquna" und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft in Wien.

Impressum: Medieninhaberin, Herausgeberin: WADI – Verband für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit, Schottengasse 3a/1/59, 1010 Wien. Tel.: 0699-11365509. wadi.wien@gmx.at, www.wadinet.at Redaktion: ebendort Verlagsort: Wien Herstellungsort: Rankweil Fotos: Wadi Postanschrift: Postfach 105, A-1181 Wien. Ländersektionen: Sektion Oberösterreich: wadi.ooe@wadinet.at; Sektion Vorarlberg: wadi. vorarlberg@wadinet.at; Sektion Kärnten: wadi.kaernten@wadinet.at Herstellerin: ABC-Druck Rankweil Layout: Erik Fürst, Ines Garnitschnig Oftenlegung nach §25 MedienG.: Das periodische Druckwerk "Wadi-News" ist zu 100 % im Eigentum des Vereins WADI – Verband für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit, der zum Zeitpunkt dieser Offenlegung durch den Vorstand, I. Garnitschnig, M. Kreutzer und T. Schmidinger, vertreten wird. Eine Beteiligung an weiteren Medienunternehmungen besteht nicht. Grundlegende Ausrichtung: Information über die Arbeit des Vereins, politische und gesellschaftliche Entwicklungen im Nahen Osten, die österreichische Entwicklungszusammenarbeit, sowie Flüchtlings- und Migrationspolitik in Österreich.

Spendenkontonummer: Evangelische Kreditgenossenschaft eG, 07.405.301. BLZ 31800. IBAN: AT10 3180 0000 0740 5301. BIC: EVKRATW1

Dies ist nicht der Widerstand.

Diese Frauen gehören nicht zum so genannten Widerstand im Irak. Sie tragen keine Waffen, sie sind nicht vermummt und sie entführen keine AusländerInnen. Sondern sie setzen sich für einen friedlichen und demokratischen Irak ein, in dem alle BürgerInnen, gleich welchen Geschlechts, die gleichen Rechte haben. Deshalb arbeiten sie in einem der Mobilen Teams mit, die im Irak Frauen dort helfen, wo ihnen Hilfe sonst nicht geboten wird: in Dörfern, in denen es keine medizinische Versorgung gibt und in Gegenden, in denen islamistische Organisationen den Frauen und Mädchen das Leben zur Hölle gemacht haben. Sie leisten medizinische Hilfe, beraten in juristischen und sozialen Fragen und klären über Rechte auf. Das ist ihr Beitrag zur



Die Mobilen Frauenteams sind ein Projekt von WADI.
Unterstützen Sie das Programm!

w.wadinet.at

Spendenkonto: 07.405.301, BLZ 31800 Evangelische Kreditgenossenschaft eG